
Newsletter

Berichte – Informationen – Debatte

November 2018

Liebe Netzwerkmitglieder und Interessierte,

dieser letzte Rundbrief des Jahres 2018 fällt nicht nur wegen der Berichte über die zahlreichen spannenden, interessanten und nachdenklich stimmenden Veranstaltungen zum 9. November umfangreich aus. Die Zusammenkünfte zum Thema Revolution 1918 in Deutschland, zur Reichspogromnacht oder auch zum Ende des Ersten Weltkriegs bilden aber nur einen Teil der Erinnerungskultur der Gegenwart ab, die, wie die Beiträge zeigen, in Teilen durchaus Stoff für Kontroversen bietet. Die hoch politische Seite heutiger Erinnerungskultur manifestierte sich auf Versammlungen und Leserbriefen zu den verstärkt in Angriff genommenen Straßenumbenennungen in Hannover. Während etwa 200 Personen die Vortragsreihe zur Novemberrevolution in der VHS verfolgten, oder sich mit der Ausstellung und den Darbietungen zum Thema in den ver.di-Höfen oder bei der IG Metall auseinandersetzten, demonstrierten ebenso viele ihre Verbundenheit mit Hindenburg, indem sie vehement gegen die Entfernung seines Namens von einem Straßenschild polemisierten. Viel deutlicher konnte sich eine gesellschaftliche Spaltung zu Fragen der Erinnerungskultur kaum manifestieren. Die Haltung des Netzwerks ist dabei unzweideutig. Sie zu festigen und innovative Strategien zur weiteren Arbeit zu besprechen, dienen nicht zuletzt unser Workshop am 1. Dezember und vor allem die Mitgliederversammlung am 11.12. Wir möchten jede und jeden einladen, dazu Vorschläge zu machen und Beiträge anzubieten.

Im Namen des Vorstands wünsche ich schon jetzt allen Leser*innen ein gediegenes Weihnachtsfest, einen guten Rutsch und das Beste fürs neue Jahr.

Peter Schyga (Netzwerkreferent)

Der Inhalt:

- **Hindenburgstraße in Hannover umbenennen? Eine Diskussionsrunde im Wutbereich**
- **Blechschilder, Ärgernisse und Skurriles – Stolperwege der Erinnerungskultur; ein Kommentar**
- **Ermächtigungen: 2018 ist nicht 1933**
- **Beirat empfiehlt: 17 Straßen in Hannover sollten umbenannt werden**
- **Stolpersteine putzen!**
- **„Barsinghausen ist bunt!“ 1.300 Menschen gegen den Bundeskongress der „Jungen Alternative“ in Barsinghausen**
- **Novemberrevolution in Hannover – eine Ausstellung und Vortragsreihe in der VHS**
- **Robert Leinert: Erinnerung an einen Demokraten**
- **100 Jahre Ende des Ersten Weltkriegs**
- **4. Festival „Chöre gegen Rechts“ in Hannover – Rechte im Anzug!**
- **Holocaust-Überlebende Anita Lasker-Wallfisch zu Gast in Hannover**
- **Sinti in der Gedenkstätte Ahlem – Sonderausstellung bis 6. Dezember 2018**

Hindenburgstraße in Hannover umbenennen? Eine Diskussionsrunde im Wutbereich

Die FDP, erklärte Gegnerin einer Umbenennung der Hindenburgstraße im Zooviertel in Hannover, hatte zur Podiumsdiskussion in die Friedenskirche geladen. Alle Parteien aus dem Bezirksrat Mitte kamen, außerdem war Karljosef Kreter von der städtischen Erinnerungskultur als Experte und Vertreter der Empfehlung der von der Stadt eingesetzten Expert_innenkommission eingeladen. Zuvor hatte der Bezirksbeirat die Einleitung eines Umbenennungsverfahrens mit dem Ziel der Umbenennung der Hindenburgstraße mit Mehrheit von rot/grün unter Unterstützung der Linken beschlossen. Bereits 2015 hatte ein von der Stadt eingesetzter Beirat die Umbenennung empfohlen.

Der Einladung der FDP folgten ca. 200 Menschen, überwiegend aus dem Zooviertel, etwa 30 aus der Hindenburgstraße. Bereits die Gespräche im Vorfeld ließen Schlimmes erahnen. So raunte der Mann knapp neben mir, man müsste Hindenburg doch für den Sieg bei Schlacht bei Tannenberg dankbar sein, sonst wäre Deutschland noch kleiner... Und ich wurde nicht enttäuscht.

Der Vertreter der Kirche eröffnete die Debatte mit einer Anekdote: Hindenburg selbst habe zur Eröffnung der nahegelegenen Kirche gratuliert und ihr eine Altarbibel geschenkt, auf der er die Hoffnung aussprach „...möge der vaterländische Geist die Kirche beseelen.“

Damit war der Reigen eröffnet. Kreter machte gleich Anfangs deutlich, worin der Beirat seine Arbeit gesehen hat: Die Geschichte der Jahre 1933/34 zu beleuchten, von der Machtübergabe an Hitler bis zum Tod Hindenburgs. Bereits Hindenburgs Historie im 1. Weltkrieg sollte für eine Aberkennung der Ehre als Straßename ausreichen – diese Geschichte wurde aber nicht angeschnitten. Paul von Hindenburg war monarchistisch, antidemokratisch, antiparlamentarisch und antisemitisch, so Kreter. Der ehemalige Reichspräsident ermöglichte die Errichtung der NS-Diktatur durch die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler, unterzeichnete unter anderem das Ermächtigungsgesetz und unterstützte es. In seinem politischen Testament fand Hindenburg lobende Worte zu Hitler und freute sich über seine Ernennung. In vielen – geschichtspolitisch motivierten – Debatten wird der alternde Hindenburg als nicht mehr zurechnungsfähig beschrieben. Dem widersprach Kreter fundiert – mit Verweis auf neue Forschungen, die diese ihn entschuldigenden Sichtweisen eindeutig widerlegen. Zu erwähnen sei hier nur das Werk „Hindenburg. Herrschaft zwischen Hohenzollern und Hitler“, Berlin 2007 von Wolfram Pyta. Alles klar also, oder?

Nach einer einstündigen Nachfragerunde, auf die ich noch zurückkomme, kamen die Parteienvertreter_innen zu Wort: Michael Sandow von der SPD, der den vom Bezirksbeirat beschlossenen Antrag eingebracht hatte, verblüffte mit der Aussicht, das noch gar nichts entschieden sei, erst das Ergebnis der Bürgerbeteiligung werde das weitere Vorgehen klären. Dem widersprachen die Vertreter_innen von CDU und FDP und warfen Sandow Heuchelei vor. Der Beschluss, der gegen sie gefasst worden sei, sei eindeutig. Die CDU warb für eine starke Bürgerbeteiligung, wohlwissend, dass das Verlangen nach dem Aufwand, den eine Umbenennung mit sich bringt, sehr überschaubar ist. Entsprechend waren auch die Reaktionen. Christoph Baathe von Bündnis 90/ Die Grünen bezog, neben dem Vertreter der Linkspartei, Axel Hogh, klar Stellung für eine Umbenennung. Er kündigte auch an, auf jeden Fall für die Umbenennung zu stimmen, was zahlreiche Ausfälle und BUH-Rufe zur Folge hatte. Dr. Junghänel von den Piraten verglich die Debatte um die Hindenburgstraße mit Ernst-August: Obwohl anerkanntermaßen Antidemokrat, wird er doch als Hannoversche Marke nicht in Frage gestellt. Seine Schandtaten seien verdrängt, vielmehr stünde er, so wie andere Ortsbezeichnungen, für ein Heimatgefühl. Das sehe er so auch für Hindenburg.

Die Debatte selber war, wie zu erwarten von der Angst vor Veränderung geprägt. Einzelne Beiträge sorgten immer wieder für einen Schlag nach ganz rechts. So verwies ein Diskussionsteilnehmer auf das „komische Stauffenbergattentat“ und behauptete – unwidersprochen! – Polen hätte 1933 dreimal erwogen, Deutschland anzugreifen. Ständig wurden historische Fakten durch „Bürger_innenwissen“ in

Frage gestellt und die Bedeutung Hindenburgs relativiert. Besonders dessen Geisteszustand war häufig Gegenstand der Erörterung, so als ob ein labiler Geisteszustand Hindenburgs eher rechtfertige, dass Straßen seinen Namen tragen dürften. Dann wurde wiederum von anderen „Bürger_innen“ behauptet, es gäbe keine neuen Erkenntnisse – obwohl diese vorher ausführlich belegt worden waren. Das Publikum, in seiner riesengroßen Mehrheit Gegner_in einer Umbenennung, applaudierte fast trotzig all denen, die sich gegen eine Namensneuevergabe aussprachen – ganz egal wie fundiert die Argumente waren.

So verglich eine „Bürgerin“ den Grünen Baathe mit Hitler („hier fehlt nur noch der Bart“), und machte eine eindeutige Geste zum Hitlerbärtchen mit der Hand). Das tat sie unter tosendem Applaus. Es widersprach nicht die Moderation, das musste der Angegriffene selber tun.

Dann war viel von Ideologie die Rede, von Diktatur (wonach der Grüne erst einmal das Wesen einer parlamentarischen Demokratie erklären musste). Es zeigten sich also genau die üblichen Wendungen der sogenannten „Wutbürger“. Nachdenkliche Beiträge waren hingegen die Ausnahme, wie der einer Frau, die – vom Moderator ständig unterbrochen – von Folter und Mord an ihrem Urgroßvater Kurt Willkomm berichtete – auf Basis des von Hindenburg unterzeichneten Ermächtigungsgesetzes. Sie sprach davon, wie unerträglich dieser Name als Straßename sei. Ihre Stimme verklang nahezu ungehört.

Auch die CDU, namentlich ihr Vertreter Herr Albrecht, trötete noch einmal das populistische Horn. Hindenburg müsste offener diskutiert werden, sicher gäbe es auch andere Meinungen zu ihm. Massiv wurde von Albrecht auf das Thema der Manipulierbarkeit hingewiesen und Hindenburg als potentiell Opfer Hitlers stilisiert. Auch wurde unterstellt, Hindenburg habe keine Handhabe gehabt, das Ermächtigungsgesetz nicht zu unterzeichnen...

Mit der Zeit wiederholten sich die Argumente. Fast schien es, als hätte es keine inhaltliche Einführung gegeben. Zum Schluss drehte sich alles um die Bürgerbeteiligung. Meine Frage, warum, wenn Bürgerbeteiligung wichtig sei, diese dann nicht stadtweit geschehe, sondern bewusst nur auf die Anlieger, maximal das Zooviertel, beschränkt sein solle, wo doch der Name stadtweite Bedeutung habe, wurde schmallippig mit Hinweis auf einschlägige Gesetze beschieden.

Das ist jedoch keine Mitbestimmung. Straßennamen haben überregionale Bedeutung und sind nie nur auf die Anlieger beschränkt. Grenzt man es so ein, wie es bereits der CDU geführte Stadtbezirksbeirat Mitte im Fall Emmich-Platz gemacht hat, findet eine echte Bürgerbeteiligung nur auf dem Papier statt. Das diejenigen, die vielleicht zusätzlichen Eigenaufwand scheuen, eine höhere Hemmschwelle haben, als andere, die die stadtgesellschaftliche demokratische Entwicklung im Blick haben, erscheint logisch. Ersteren die Entscheidungsmacht zu übergeben ist falsch. Das hat dieser Abend eindrucksvoll bewiesen.

Ralf Buchterkirchen

(Unter [verqueert ist dieser Artikel](#) zuerst veröffentlicht am [18. Oktober 2018](#) [Kommentar zu Hindenburgstraße in Hannover umbenennen? Eine Diskussionsrunde im Wutbereich.](#))

Vgl. hierzu auch den Beitrag im Deutschlandfunk v. 22.11.18 <https://www.ardmediathek.de/radio/DLF-Magazin/Strittiges-Gedenken-Hannover-und-die-Hi/Deutschlandfunk/Audio-Podcast?bcastId=21627342&documentId=57985036>

Zwei kleine Nachträge:

„Als die Nazis die Kommunisten holten, habe ich geschwiegen; ich war ja kein Kommunist ...“
Martin Niemöller.

Kurt Willkomm, geboren am 27.08.1904, ermordet am 16.11.1933

Trotz hoher Qualifikation als Absolvent eines Lehrerseminars ohne Anstellung, zog er 1927 nach Hannover und fand dort Arbeit als Bankangestellter. Er trat der KPD bei und arbeitete dort als

Redakteur, Kassier und zuletzt in der Bezirksleitung. Er wurde am 5. November 1933 von der Gestapo verhaftet. Da er der Leitung der KPD in der Illegalität angehörte, hofften die Nazis vermutlich, von ihm die Namen und Aufenthaltsorte weiterer Genossen zu erfahren. Kurt Willkomm blieb jedoch trotz grausamer Folter standhaft. Er wurde von der SA so brutal misshandelt, dass er nach elf Tagen, am 16.11.1933, in Folge der Verletzungen starb.

Reinhold Weismann-Kieser

Volkswille

Zum Volksbefragungshype der Parteien des Bezirksrats Hannover Mitte passt eine kleine Meldung aus taz v. 27./28. 10. 2018: Über die Pläne, in Osnabrück den Berliner Platz in Helmut-Kohl-Platz umzubenennen äußerte sich Stadtsprecher Sven Jürgensen: „21 von 24 Anwohnern sind gegen eine Umbenennung“. Die Replik des Vorsitzenden der örtlichen Jungen Union auf Facebook zitiert die taz: „Es geht bei solchen Benennungen also nicht um Einzelmeinungen von Anwohnern, sondern ausschließlich um die Ehrung des positiven geschichtlichen Erbes solcher herausragender Persönlichkeiten“.

PS

Blechschilder, Ärgernisse und Skurriles – Stolperwege der Erinnerungskultur

Ein Kommentar

Dr. Karljosef Kreter ist gewiss ein fachlich ausgewiesener Lokalhistoriker, ein loyaler und kundiger Verwalter städtischer Erinnerungskultur ganz sicher auch, ganz gewiss aber kein zoon politicon, ein politischer-strategischer Kopf mit Erfahrung und Durchsetzungsvermögen in politischen Auseinandersetzungen um Geschichte und Erinnerungskultur. Und dennoch wird er vom Rat der Landeshauptstadt und ihrem wissenschaftlichen Beirat im Straßenumbenennungsstreit an die Front gestellt. Dort soll er etwa einem gut situierten und wohl organisierten Wutbürger*innen wissenschaftliche Erkenntnisse zu Hindenburg präsentieren, die keinen auch nur die Bohne interessiert. Gegen Fakten, gegen historisch-wissenschaftliche Erkenntnis und Einsicht ist manches Publikum immun. Es geht um Stolz und Vorurteil, welches zu pflegen höchstes Gut zu sein scheint.

Der HAZ-Redakteur Simon Benne hat in einem nachdenklichen und bedenkenswerten Kommentar in der HAZ v. 3.11.2018 zu der neuen Flut von Straßenumbenennungsbegehren des wissenschaftlichen Beirats im Subtext die politische Blauäugigkeit dieses Gremiums kritisiert, das hehre Beschlüsse fasst, doch dem zu ihrer Umsetzung in geschichtspolitischen schwierigen Zeiten nichts einfällt. Ein „Beamter“, der „Ahistorie“ verfallen, so ein sich als Informatiker vorstellender Geschichtsexperte auf der oben beschriebenen Versammlung, soll diese Beschlüsse gegenüber der Öffentlichkeit vertreten und – die politisch verantwortlichen Parteien halten sich weitgehend aus dem öffentlich ausgetragenen Streit heraus, ducken sich vor dem schrillen „Volkswillen“ und pampern damit ihre Opposition, die sich zumindest partiell dem Trend zum Geschichtsrevisionismus hingibt. So forderte jüngst Hannovers SPD-Chef Alpetkin Kirci die Bezirksräte auf, sich „nicht zu verkämpfen“, und sowieso müsse man die Anwohner zunächst fragen, „ob sie überhaupt einen neuen Namen wollen“. (HAZ, 20.11.2018) Benne hat Vorschläge gemacht, andere Formen der Auseinandersetzung um Straßennamen zu finden als Blechschilder auszutauschen. Etwa zu Konrad Lorenz „eine Skulptur aufzustellen, welche die Rasseideologie des Nazis künstlerisch thematisiert“ – warum eigentlich nicht? Und die Politik? Den Porscheweg nicht mehr Ferdinand, sondern der Automarke zu widmen, so laut HAZ vom 3.11.2018 die Stellungnahme des SPD-Fraktionsvorsitzenden des Bezirksrats Vahrenwald-List, zeugt dagegen nicht nur von historischer Ignoranz, sondern darüber hinaus auch noch von ökologischer und verkehrspolitischer Eselei unter dem Motto: Lasst uns möglichst viele Straßen im Autoland Niedersachsen nach umweltzerstörenden PS-Boliden und SUV-betitelten Stadtpanzern benennen. Wie wäre es dagegen, den Namen Ferdinand Porsche in geeigneter Form mit geschundenen Zwangsarbeiter*innen und

militärischen KdF-Wracks oder Endsieg-Flugzeugen aus der Kraft durch Freude Stadt-Produktion in Verbindung zu bringen?

Erinnerungskultur pflegen bedeutet, sich in und mit der Gesellschaft um Geschichte auseinanderzusetzen. Die administrative Auswechslung eines Blechschilds mag parlamentarisch und damit repräsentativ-demokratisch gestützt und legitimiert sein, gewonnen ist damit noch lange nichts. Wenn manche schon der Meinung sind, dass Straßenschilderauswechslern Höhepunkte von erinnerungskulturellen Taten sein mögen, sollten sie sich schon die Mühe machen, den Mut und die Tatkraft aufbringen, im politisch-historischen Streit um beschriftetes Blech voran zu gehen. Und – nein, in Zeiten, in denen der Antisemitismus in Deutschland zunehmend grassiert, ist es nicht weitgehend egal, ob der Emmichplatz nun „Alma Rose-Platz“ oder „Neues Haus“ heißen wird, wie sich Bezirksrats Herr Michael Sandow vernehmen ließ, auch wenn er Alma Rose als „noch begrüßenswerter“ denn die „begrüßenswerte“ nun wegen der Enthaltung des Linken-Vertreters Axel Hogh getroffene Entscheidung bezeichnet. Hantieren mit merkwürdigen Komparativen ist auch Standpunkt. „Feigheit vor dem Volk“ betitelte kürzlich ein Kommentar in der Süddeutschen Zeitung die bundesdeutsche Debatte um den UN-Migrationsbeschluss. Dieser Befund gilt auch für andere Themen.

PS

Ermächtigungen: 2018 ist nicht 1933

Über die Veranstaltung zur Umbenennung der Hindenburgstraße im Zooviertel unserer Stadt wird an anderer Stelle hier berichtet. Ihr Verlauf hat wieder einmal deutlich gemacht, wie wenig die verhängnisvolle Rolle dieses Namenspatrons gerade im Jahr 1933 bei der Installation der faschistischen Diktatur in Deutschland gespielt hatte! Mit der Berufung von Adolf Hitler zum Reichskanzler und der „Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze des Deutschen Volkes“ ermöglichte er durch Verhaftung oder Vertreibung der Abgeordneten der KPD die Ausschaltung von gut einem Fünftel der gewählten Reichstagsabgeordneten. Erst dadurch und mit Unterstützung der bürgerlichen Parteien konnte für das „Ermächtigungsgesetz“ im Reichstag die erforderliche Mehrheit konstruiert werden. Alleine die Sozialdemokraten – denen zuvor Hindenburg alternativlos erschienen war – stimmten mit dem Mut der Verzweiflung dagegen und fanden sich dann zusammen mit den Kommunisten in den Lagern, oder, meist getrennt von ihnen, im Untergrund oder Exil.

Diese Geschichte, kompetent dargelegt, berührte das Publikum nicht. Wurde doch mit Stolz eingangs von dem Gemeindevorsteher der gastgebenden Friedenskirche auf die Stiftungsbibel dieses Reichspräsidenten verwiesen.

Am Beginn der historischen Katastrophe, die mit 1933 begann und nach einem beispiellosen Raub- und Vernichtungskrieg 1945 endete, stand neben der Aufhebung zahlloser anderer Verfassungsgrundsätze die Aufhebung aller persönlichen Schutzgarantien. Im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland wurden diese Schutzgarantien deshalb zum zentralen Bestandteil der Grundrechte erklärt, deren Wesensgehalt nicht angetastet werden darf!

Nun sehen wir uns in den letzten Jahren mit einer intensiven politischen Debatte um die „innere Sicherheit“ konfrontiert. Dabei muss schon bedenklich stimmen, dass der spätestens seit 2015 rückläufigen Kriminalität ein gestiegenes „Sicherheitsbedürfnis der Bürger“ gegenüber gestellt wird. Gemessene Unsicherheit vs. gefühlte Unsicherheit also. Dabei geht es nicht nur um die Erweiterung der personellen und technischen Ausstattung der Polizei. In allen Bundesländern sind Polizeigesetze in Vorbereitung oder wurden schon verabschiedet, die tief in diese Schutzrechte einschneiden: Freizügigkeit und rechtliches Gehör bei Freiheitsentzug, Unverletzlichkeit der Wohnung, Post- und

Fernmeldegeheimnis, großräumige technische Überwachungsmaßnahmen. All das aufgrund von rechtlich kaum überprüfbar „Gefahrenlagen“.

Gegen diese Polizeigesetze entstanden überall breite Protestbündnisse. In Niedersachsen demonstrierten gegen die Pläne dieser Landesregierung im September über 10.000 Menschen. Die nächste Demonstration findet am 8.12., 13 Uhr statt, siehe <https://nonpog.de/events/demo2/>. Auch in der Opposition des Landtags überwiegen Bedenken. Nur die AfD sieht „Schritte in die richtige Richtung“. Erst die massiven verfassungsrechtlichen Einwände des wissenschaftlichen Dienstes des Landtags bremsten den Wunsch der Großen Koalition, das Gesetz noch 2018 durchzusetzen.

Ohne hier irgendwelche falschen historischen Parallelen ziehen zu wollen, muss doch die Frage gestellt werden, wie eine Partei, deren Vorgänger 1933 in solch verhängnisvoller Weise der Hysterie der „Not von Volk und Reich“ erlegen waren, und eine Partei, die einen derart schrecklichen Preis dafür zu zahlen hatte, heute auf diese Weise sorglos Bürgerrechte gegen „Sicherheitsgefühle“ ausspielen!

Reinhold Weismann-Kieser

Beirat empfiehlt: 17 Straßen in Hannover sollten umbenannt werden

Zum Thema erreichte uns folgender Artikel der LHH-Städtische Erinnerungskultur

Der Beirat „Wissenschaftliche Betrachtung von namensgebenden Persönlichkeiten in Hannover“ hat am 1. November 2018 seinen umfangreichen Abschlussbericht vorgestellt. Darin empfiehlt er die Umbenennung von 17 Straßennamen im Stadtgebiet.



© LHH Stellten die Ergebnisse vor: Hartmut Tölle (stellvertretender Vorsitzender des Beirats), Konstanze Beckedorf (Kulturdezernentin und Vorsitzende des Beirats), Propst Martin Tenge (Regionaldechant für die Katholische Kirche) und Hans-Martin Heinemann (Stadtsuperintendent).

Kulturdezernentin Konstanze Beckedorf und Vorsitzende des Beirats dankte zu Beginn der Vorstellung den Mitgliedern „für ihre ehrenamtliche, vor allem aber sehr sensible Vorgehensweise: Mit Ihren Recherchen haben Sie Licht in ein bisher noch unerforschtes Kapitel der städtischen Geschichte gebracht.“ Seit Januar 2014 hat der Beirat im Auftrag des Rates Biografien von Persönlichkeiten in Hannover untersucht, die von 1933 bis 1945 gewirkt haben. „In den vergangenen vier Jahren haben die Mitglieder in 24 Sitzungen rund 600 Straßennamen, Ehrengräber, Ehrenbürger, Stadtplakettenträgerinnen und -träger, Schulnamen und vieles mehr beraten“, fasst Beckedorf die umfangreiche Arbeit zusammen, die der ehrenamtliche Beirat geleistet hat.

Beirat spricht unverbindliche Empfehlung aus

Der Beirat spricht eine Empfehlung für eine Umbenennung beziehungsweise Beibehaltung aus. Diese Empfehlungen sind für die Entscheidungsträger nicht bindend. Bei Straßennamen haben die zuständigen Stadtbezirksräte darüber zu entscheiden, ob eine Umbenennung vorgenommen wird.

Ehrenbürgerschaften, Stadtplaketten und Ehrengräber liegen in der Verantwortung des Rates. Die Empfehlungen:

Straßennamen

Von den insgesamt 493 betrachteten Straßennamen empfiehlt der Beirat eine Umbenennung von insgesamt 17 (davon zehn bereits in 2015) Straßennamen in Hannover (3,6 Prozent).

1. Fritz Beindorff (Fritz-Beindorff-Allee)
2. Julius Brecht (Julius-Brecht-Straße)
3. Ludwig Otto Franzius (Franziusweg)
4. Gustav Frenssen (Frenssenufer)
5. Paul von Hindenburg (Zur Hindenburgschleuse, Hindenburgstraße)
6. Hinrich Wilhelm Kopf (Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz, 2015 umbenannt in Hannah-Arendt-Platz)
7. Konrad Lorenz (Konrad-Lorenz-Platz) 2018 neu
8. August Marahrens (Marahrensweg) 2018 neu
9. Agnes Miegel (Miegelweg, 2016 umbenannt in Igelweg)
10. Hans Pfitzner (Pfitznerstraße) 2018 neu
11. Josef Ponten (Pontenhof) 2018 neu
12. Ferdinand Porsche (Porscheweg) 2018 neu
13. Ferdinand Sauerbruch (Sauerbruchweg)
14. Heinrich Sohnrey (Sohnreystraße, 2016 umbenannt in Lola-Fischel-Straße)
15. Paul Uhlenhuth (Uhlenhuthweg)
16. Walther Wever (General-Wever-Straße) 2018 neu
17. Walther Wickop (Wickopweg) 2018 neu

Ehrenbürgerschaft

Weiterhin hat sich der Beirat mit den Biografien von 15 Ehrenbürgern, darunter eine Ehrenbürgerin, befasst. Die Ehrenbürgerschaft erlischt juristisch mit dem Tod der Geehrten. Alle Persönlichkeiten, die nach den Vorgaben untersucht wurden, sind verstorben. Die lebenden Ehrenbürger stehen außerhalb jeden Verdachts. Zu den bereits verstorbenen Ehrenbürgern zählen auch Paul von Hindenburg und Fritz Beindorff (siehe oben die Umbenennungsempfehlung zu den Straßennamen). Der Beirat empfiehlt, keine weiteren symbolischen Akte vorzunehmen, die die Ehrenbürgerschaft „aberkennen“.

Ehrengräber

In der Landeshauptstadt Hannover gibt es 72 Ehrengräber. Der Beirat empfiehlt generell auf eine Entwidmung der Ehrengräber zu verzichten. In der Causa „Hinrich Wilhelm Kopf“ hatte der Beirat 2014 empfohlen, den nach ihm benannten Platz umzubenennen, möglichst aber nicht nach einer Person (2015 umbenannt nach Hannah Arendt), und gleichzeitig für die Beibehaltung des Ehrengrabes plädiert. Der Rat ist in seiner Entscheidung von der Empfehlung des Beirates abgewichen. Im Fall Hinrich Wilhelm Kopf ist die Widmung des Ehrengrabes nach der 2015 verabschiedeten neuen Ehrengräbersatzung entzogen worden. Hinrich Wilhelm Kopfs Grab wurde durch Ratsbeschluss in eine bedeutende Grabstätte umgewidmet, die wie ein Ehrengrab auf Friedhofsdauer erhalten bleibt.

Stadtplaketten

Die Ehrung mit der „Plakette für Verdienste um die Landeshauptstadt Hannover“ erlischt juristisch mit dem Tod der Geehrten – analog zu den Ehrenbürgerschaften. Der Beirat empfiehlt, keine symbolischen Akte vorzunehmen, die die Ehrung mit der Stadtplakette „aberkennen“. In der Zeit von 1959 bis 2018 hat die Stadt Hannover 156 Personen und drei Institutionen mit der Stadtplakette geehrt, die sich in besonderer Weise für die Stadtgesellschaft eingesetzt haben. Von den 156 Personen sind mindestens 70 in der Zeit zwischen 1847 und 1928 geboren und fallen somit in den Untersuchungsauftrag. Zu zwei der 156 geehrten Personen ist auf Grund mangelnder Angaben (fehlende Geburtsdaten sowie häufig vorkommende Vor- und Nachnamen) keine Aussage zu treffen. Alle Trägerinnen und Träger der Stadtplakette bis Juli 2018 sind im Abschlussbericht (Anlage 3) aufgeführt. Die in den Untersuchungsauftrag fallenden Namen sind dort grau unterlegt.

Schulnamen

Insgesamt sind 49 der 104 hannoverschen Schulen in städtischer Trägerschaft nach Personen benannt. 16 der namensgebenden Personen sind zwischen 1847 und 1928 geboren und fallen damit in den Untersuchungsauftrag. Nach Anwendung der weiteren Ausschlusskriterien verblieben Otfried Preußler und Kardinal Adolf Bertram als kritisch zu betrachtende Namensgeber. Der Beirat empfiehlt die Beibehaltung der Namen „Otfried-Preußler-Schule“ und „Kardinal-Bertram-Schule“. Eine

Umbenennungsempfehlung zur Hinrich-Wilhelm-Kopf-Schule wurde bereits 2014 gegeben. Die Schule hat sich im September 2015 in „Grundschule im Kleefeld“ umbenannt.

Namen von sonstigen kommunalen Einrichtungen

Die Landeshauptstadt Hannover hat zahlreiche nach Personen benannte kommunale Einrichtungen wie beispielweise Museen, Sportplätze, Kindergärten und Krippen, sowie städtische Alten- und Pflegeheime, Ferien camps, Jugendzentren und Parkanlagen. Empfehlungen zur Umbenennung wurden nicht ausgesprochen.

LHH-städtische Erinnerungskultur

(Der Abschlussbericht ist von der Site <https://www.hannover.de/Kultur-Freizeit/Architektur-Geschichte/Erinnerungskultur/St%C3%A4dtische-Erinnerungs%C2%ADkultur/Wissenschaftliche-Betrachtung-von-namensgebenden-Pers%C3%B6nlichkeiten-in-Hannover> als pdf erhältlich)

Stolpersteine putzen

Ich war gestern mal wieder unterwegs. Stolpersteine putzen. Die verblässenden Steine wieder sichtbar machen. Irritierte Blicke ernten, aber auch freundliche positive Reaktionen. In der direkten Nähe meiner Wohnung sind 6 Stolpersteine. Mathilde, Henny, Grete, Fritz und Julius Frenkel, Dr. Herbert Kenneweg und Robert Gauweiler. Eine Stunde Zeit nehmen, um inne zu halten. Die Stolpersteine der Frenkels wurden seit Jahren nicht gereinigt. Hintergrund hier ist eine Baustelle in der Berliner Allee, die sie verstellt hat. Das Reinigen dieser Steine ist mühsam. Aber es lohnt.

In Hannover wurden inzwischen mehrere hundert Stolpersteine verlegt. Warum nicht einfach den nächstgelegenen aufsuchen und Nachmachen. Ein wenig Metallreiniger und ein Tuch reichen (nichts Scharfkantiges wie Topfreiniger aus Metall verwenden). Auch so lebt Erinnerung.

Hilfreiche Links:

[Die Stadt Hannover mit einer Karte zu verlegten Steinen](#)

[Netzwerk Erinnerung und Zukunft hat die Organisation der Stolpersteinverlegungen übernommen](#)



Vorher

Nachher; Fotos R. Buchterkirchen

Ralf Buchterkirchen

„Barsinghausen ist bunt!“ 1.300 Menschen gegen den Bundeskongress der „Jungen Alternative“ in Barsinghausen

Im Oktober verdichteten sich Informationen, dass der Bundeskongress der „Jungen Alternative“, der Jugendorganisation der „Alternative für Deutschland“ am Sonntag, den 4. November 2018, im Alten Zechensaal in Barsinghausen stattfinden würde. Anlass für diesen Kongress war unter anderem die Auflösung mehrerer Landesverbände der Jugendorganisation wegen ihrer Nähe zu faschistischen und faschistoiden Organisationen und deren menschenfeindlichen Gedankengut. Unter anderem hatte sich auch AfD-Bundestagsfraktionschef Alexander Gauland als Teilnehmer angesagt.

Barsinghausen ist leider kein unbeschriebenes Blatt, was rassistische und menschenfeindliche Aktivitäten angeht. Anfang 2016 hatte ein professionell ausgeführter Brandanschlag auf ein im Bau befindliches Geflüchtetenheim am nördlichen Stadtrand über 2.000 Bürgerinnen und Bürgern zu einer Protestdemonstration mobilisiert. Auf der Abschlusskundgebung hatte auch Bürgermeister Lahmann (CDU) sich eindeutig gegen rechten Terror positioniert. Dies hatte, wohl als Antwort darauf, zu einem weiteren Brandanschlag auf das städtische Rathaus geführt. Beim diesjährigen Stadtfest im August brannte nachts der Stand der örtlichen SPD. Leider war die Kriminalpolizei bis heute nicht in der Lage, die Täter für diese – ja auch Menschenleben gefährdenden – Straftaten ausfindig zu machen. Schon in den Jahren davor hatten immer wieder auch gewalttätige Übergriffe von neonazistischen Jugendlichen auf das selbstorganisierte Jugendprojekt „Falkenkeller“ stattgefunden. Vor etwa drei Jahren gründete sich kurzlebig ein „NPD-Stützpunkt“. Die Neonazis trafen sich unter dem Vorwand einer Familienfeier und täuschten so die Besitzer des beliebten barsinghäuser Ausflugslokals, die sich nach Bekanntwerden der Aktion dagegen verwahrten, so benutzt zu werden. In Ortsteilen außerhalb der Kernstadt werden immer wieder nazistische Parolen geklebt. Der niedersächsische Verfassungsschutz sah diese Aktivitäten in Barsinghausen bisher nicht als besonders gravierend an. Seit der letzten Kommunalwahl sitzen AfD-Vertreter im Stadtrat. Als Akt der Selbsthilfe und in Reaktion auf alle diese Aktivitäten gründete sich das Bündnis „Barsinghausen ist bunt“, das von Naturfreunden, DGB, den Grünen, der SPD, barsinghäuser Gewerkschaften, den evangelisch-lutherischen Kirchengemeinden, aber auch der Kunstschule Noa Noa und dem Kunstverein Barsinghausen und anderen getragen wird. Dieses Bündnis arbeitet durch Veranstaltungen und Aktionen seitdem daran, Demokratie und Menschenrechte gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Ausgrenzung zu verteidigen – durchaus auch gegen den Widerstand in der Stadtverwaltung, denn es mag sich partout nicht gegen den in Barsinghausen gar nicht existierenden Linksextremismus einspannen lassen. So war es auch klar, dass das Bündnis auf die Ankündigung des Bundeskongresses der „Jungen Alternative“ eine Protestdemonstration organisierte.



Foto: <https://www.nds-fluerat.org/35212/aktuelles/barsinghausen-ist-bunt-1300-demonstrieren-gegen-jugendkongress-der-afd/>

Die Stadtspitze erklärte sich unterdessen für „parteilich neutral“ und der Geschäftsführer der den Alte Zechensaal betreibenden GmbH in städtischem Eigentum fand nichts dabei, diesen Traditionsort der barsinghäuser Bergarbeiterschaft an eine AfD-Organisation zu vermieten, denn diese habe sich bei vorangegangenen Veranstaltungen immer ordentlich verhalten.

Unter dem Motto „Verfassung und Vielfalt schützen - den Nazis keinen Platz“ fand am Vormittag des 4. November dann die Demonstration gegen den Bundeskongress der Jungalternativen statt. Der Zug wuchs schnell auf über 1.300 Menschen und führte am Versammlungsort der Menschenfeinde vorbei zum Mont Saint Aignan-Platz. Hier versammelte sich keineswegs die „rot-grün versiffte Alt 68er-Szene“! Familien mit Kindern, Jugendliche in fantasievollen Kostümen, der „hart arbeitende Mittelstand“, organisierte und nicht organisierte Rentner*innen, Christinnen und Christen in extra gefertigten T-Shirts mit der Aufschrift „Menschenfreund“, die Naturfreunde mit großen Transparenten gegen Rassismus und Autoritarismus und auch ein Block von jungen und lauten Antifaschisten aus Hannover zogen gemeinsam in einem bunten Zug nach und nach auf den Platz vor der alten Klosterkirche in der Stadtmitte, um sich zur Abschlusskundgebung zu versammeln. Anspielend auf die Anmaßung Gaulands, die AfD wolle sich „unser Land und Volk wieder zurückholen“, eröffnete die Sprecherin des Bündnisses, Sybille Bruchmann-Busse, die Kundgebung mit der klaren Ansage: „Dies ist nicht Euer Land, es ist unser aller Land!“. Der Sprecher der Kirchengemeinden stellte die Frage nach den Ängsten, die die Menschen in die Arme der falschen „Alternative für Deutschland“ treiben. Diese müssten bearbeitet werden, um Menschenfeindlichkeit, Abwehr und Gewalt als kurzschlüssige Reaktion auf reale und gefühlte Benachteiligungen und Ängste aufzulösen. Die weiteren Beiträge von IG Metall, der Grünen Jugend und dem SPD-Bundestagsabgeordneten Matthias Miersch riefen unter verschiedenen Aspekten dazu auf, die Verfassung und die gesellschaftliche Vielfalt zu verteidigen. Politische Demokratie und Menschen- und Bürgerrechte sind nicht einfach gegeben, sie müssen immer wieder und überall verteidigt werden! Dies den Reaktionären und Rassisten entgegengehalten zu haben, ist den versammelten Bürgerinnen und Bürgern gelungen.

Wilfried Gaum / Naturfreunde Ortsverband Barsinghausen

Novemberrevolution in Hannover – eine Ausstellung und Vortragsreihe in der VHS

Unter dem Titel „Die hannoversche Arbeiterbewegung im Weltkrieg (1914-1918)“ begann das auf drei Teile angelegte Begleitprogramm zur Ausstellung „1918: Novemberrevolution in Hannover!“ in der VHS. Der Referent Peter Schulze, ein ausgewiesener Kenner hannoverscher Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, machte gleich zu Beginn seines ersten Vortrags klar, dass seine drei Referate letztendlich von der Fragestellung geleitet seien, warum die deutsche Arbeiterbewegung gegen die Machteroberung durch die Nationalsozialisten 1933 erfolglos blieb, warum sie sich deren Gewalt und Terror beugen musste. Ein weiter Bogen also, der in seiner Wiedergabe an dieser Stelle nur auf Aspekte reduziert werden kann. Hannover hieß Schulzes Quellcode und entsprechend war sein beobachtender und analytischer Blick auf Handeln, Reden und Schreiben der SPD- und Gewerkschaftsorganisationen vor Ort konzentriert. Das Ausrufezeichen hinter dem Veranstaltungs- und Ausstellungstitel signalisiert, dass die Novemberereignisse 1918 einer Revolution gleichkamen. Abschaffung der Monarchie, Errichtung einer demokratischen Republik mit allgemeinen, freien und gleichen Wahlen inklusive dem Frauenstimmrecht. Das Fragezeichen stellte sich im Laufe der drei Abende als Aufforderung zum Nachdenken über die Tiefe und die gesellschaftlich wirksamen Kräfte dieser politischen Umwälzung an die Zuhörenden heraus. Es waren jeden Abend um die 200 – überwiegend Ü 60 –, viele kamen auch zu allen drei Terminen und das, obwohl die Geschichte doch eigentlich bekannt ist. Obwohl etwa Schulzes

fragende Thesen, dass a) die deutsche Arbeiterbewegung den 1. Weltkrieg hätte verhindern und b) 1932/33 den Kampf gegen Hitler hätte bewältigen können, wohl die überwiegende Mehrheit der Anwesenden schon ewig umgetrieben haben mag.

Gegen Wettrüsten, Militarismus und Kriegspolitik stand die Sozialdemokratie seit sich reichsdeutsches Großmachtstreben zunehmend an den imperialistischen Konkurrenten rieb. Noch am Vorabend des Kriegsausbruchs fanden am 29 Juli 1914 neun „Volksversammlungen“ mit insgesamt 15.000 Teilnehmer*innen in Hannover unter dem Motto: „Krieg – Besonnenheit – kaltes Blut“ statt. Die SPD-partei-offizielle Linie lautete: Wenn mit allen Anstrengungen – revolutionärer Erhebungen sind ausgeschlossen – der Krieg nicht zu verhindern ist, „dann stehen ihre Angehörigen in der Erfüllung ernster vaterländischer Pflichten auch nicht um ein Jota hinter den Angehörigen der anderen Parteien zurück“, wie es Chefredakteur und Reichstagsabgeordneter Friedrich Rauch im hannoverschen SPD-Organ „Volkswille“ am 2.8.1914 formuliert. Zwei Tage später stellt sich die SPD-Reichstagsfraktion mit der Bewilligung der Kriegskredite in den „Dienst des Vaterlandes“, Hannovers Partei- und Gewerkschaftsführer sind mit Eifer dabei. August Brey, Gustav Fischer, Robert Leinert, Friedrich Rauch sowie der örtliche Parteivorsitzende Ludwig Dömke haben in Hannover ihre 19.000 Partei- und 46.000 Gewerkschaftsmitglieder im Griff. Debatten in Partei und Gewerkschaften sind, so Schulze, mehr als unüblich, Versammlungen sind Akklamationsveranstaltungen für die multifunktionalen Partei- und Gewerkschaftsführungen, deren bürokratischen Apparate jede kleine oppositionelle Rührung unter Kontrolle halten. Anhand einer aussagekräftigen Quelle kann der Vortragende dies zeigen: Aus einem erhaltenen Protokoll einer Sitzung der Partei-Pressekommission wird deutlich, wie die Beschwerde eines Parteimitglieds gegen die Siegfrieden-Propaganda und Hetze des „Volkswillens“, namentlich seines Chefredakteurs Rauch, gegen den Feind, der vor kurzen noch Klassengenosse war, untergebügelt wird. Bis Kriegsende werden 19.868 Gewerkschaftsmitglieder zum Kriegsdienst gezogen, die Daheimgebliebenen schufteten im „Burgfrieden“ und unter zunehmend sich verschlechternden Arbeits- und Lebensbedingungen an der Heimatfront für den Sieg. Hannover hält Kurs. Karl Liebknechts Friedensaufruf vom Juli 1915 tragen nur 11 Unterschriften aus Hannover mit, die Arbeiter der Stadt bleiben beim Aufruf der SPD-Reichstagsabgeordneten Kautsky, Haase und Bernstein zum Frieden weitgehend stumm, der bald folgenden Abspaltung zur USDP folgen 88 hannoversche Genoss*innen. So nimmt es kein Wunder, dass die Parole des 7. November 1918 lautete „Unter allen Umständen Ruhe und Ordnung“ Leitlinie praktischen Handelns war. Parlamentarische Demokratie, von manchem auch bürgerliche Demokratie genannt, hieß die reale Utopie der SPD seit Jahrzehnten – der Sozialismus würde dann per Reformen und Mehrheitsentscheidungen schon kommen. Jedenfalls trat der örtlich Arbeiter- und Soldatenrat ab Januar 1919 nicht mehr in Erscheinung, der sozialdemokratische Multifunktionsträger Robert Leinert wurde Oberbürgermeister, die Sozialdemokratie sah sich an der Macht, bei den ersten freien Wahlen zum Reichstag erhielt sie in Hannover 52% der Stimmen, die linke Opposition blieb marginal.

Wie die Weimarer Republik in Hannover zu Ende ging, wissen wir. Jedes Jahr wird etwa der Opfer des bewaffneten SA-Überfalls auf den Reichsbanner am 21. Februar 1933 am Lister Turm gedacht, der DGB erinnert am 1. April in der Goseriade an den Überfall auf das Gewerkschaftshaus. Für den 1. Mai 1933 ruft der ADGB seine Mitglieder zur Teilnahme am „Tag der Nationalen Arbeit“ der Nationalsozialisten auf.

Die Zeit davor leuchtet der Referent genauer aus. Er zeigt, wie die nationalistische und bürgerliche Rechte nicht müde wird, die Errungenschaften der jungen Republik, die Sozialdemokratie und die Arbeiterbewegung zu attackieren. Antisemitismus macht Schulze als einendes „Vehikel“ fast aller „System“kritik von rechts aus. Zwar hätte die massive antisemitische Propaganda in der demokratischen Arbeiterbewegung nicht sehr verfangen, doch gegen die massive völkisch-antisemitische Propaganda, die ohne politisches Programm auskommen konnte, habe kein zukunftsweisendes Programm

gestanden. Zudem, so der immer wieder aufgenommene zentrale Gedanke von P. Schulze, habe ein sozialdemokratischer Diskurs, eine Debattenkultur untereinander gefehlt. In Partei und Gewerkschaft tätige Multifunktionäre bestimmten in allen 40 Wohngebietseinheiten der SPD den Kurs, die Willensbildung war „zentralistisch“ organisiert, was eine „Entpolitisierung der Mitgliedschaft“ forciert habe. Zwar versammelten sich die Genossen in der Eiserne Front unter dem militanten Slogan „Heue rufen wir, morgen schlagen wir“ gegen die Nazis, doch blieb beim „Preußenschlag“ 1932 auch in Hannover alles ruhig. Man schimpfte gegen die Reaktion, doch seien keine Quellen aus Hannover überliefert, die von Opposition gegen die Unterstützung Hindenburgs bei den Präsidentschaftswahlen im Frühjahr 1932 künden würden.

Als lehrreich wurde diese Vortragsreihe von den Anwesenden empfunden und viele Stimmen fragten nach einer Veröffentlichung der Referate nach. Die Organisatoren der verdienstvollen Ausstellung und der Vortragsreihe sollten sich wirklich überlegen, diesen Erfolg zu verstetigen. Ein Katalog der Ausstellung gehört herausgebracht, die Vorträge in schriftlicher Form veröffentlicht. Das kostet Geld – doch es wäre für etwas hoch Sinnvolles ausgegeben.

PS

Robert Leinert: Erinnerung an einen Demokraten

Anlässlich des 100. Jahrestages der Wahl Robert Leinerts zum ersten demokratischen Stadtoberhaupt Hannovers wurde dem Politiker am 13. November auf dem Stadtfriedhof Stöcken gedacht. Das Leben und Wirken des ersten sozialdemokratisch gewählten Oberbürgermeisters von Hannover wurde nach einem Grußwort von Oberbürgermeister Stefan Schostok durch einen Vortrag von Prof. Dr. Bernd Faulenbach unter dem Titel „Robert Leinert – Zu seiner Bedeutung in der Revolution 1918/19“ gewürdigt. Anschließend wurden am Grab Leinerts Blumen niedergelegt. An der Veranstaltung nahmen auch Urenkelinnen Leinerts, Theda Pracht und Jenny Dohr, teil.



© LHH

Prof. Dr. Bernd Faulenbach ist Vorsitzender des "Vereins gegen Vergessen – Für Demokratie"

Der aus Dresden stammende Robert Leinert (1873 bis 1940) kam 1900 nach Hannover und übte bis 1918 das Amt des sozialdemokratischen Parteisekretärs für die Provinz Hannover aus. 1918 wurde die Republik ausgerufen und die Monarchie abgesetzt. Am 13. November 1918 wurde Leinert von den Mitgliedern des Magistrats und den Bürgervorstehern einstimmig als Nachfolger des geflüchteten Stadtdirektors Heinrich Tramm zum Stadtoberhaupt gewählt. Robert Leinert zog als erster sozialdemokratischer Oberbürgermeister in das hannoversche Rathaus und läutete den Beginn eines demokratisch gewählten Stadtrats ein. In dieser Position war er heftigen Angriffen seiner politischen Gegner ausgesetzt und wurde schließlich von der bürgerlichen Opposition gestürzt und 1925 in den Ruhestand versetzt. Nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten 1933 entzog man ihm seine

Pension und inhaftierte ihn für einige Zeit. Im Alter von 67 Jahren starb Leinert am 10. Februar 1940 in Hannover. Sein Grab befindet sich auf dem [Stadtfriedhof Stöcken](#).

LHH Städtische Erinnerungskultur

100 Jahre Ende des Ersten Weltkriegs

Der 9. November 1918 als Zeitenwende(n) in Hannover

Am 9. November 2018 luden Oberbürgermeister Stefan Schostok und Ratsvorsitzender Thomas Hermann anlässlich des 100. Jahrestags des Endes des Ersten Weltkriegs in den Ratssaal ein.



© LHH

Unter dem Titel „Zeitenwende(n) in Hannover“ beleuchteten Oberbürgermeister Stefan Schostok und Michael Fürst, Präsident des Landesverbands der jüdischen Gemeinden in Niedersachsen, in ihren Grußworten die unterschiedliche Facetten des 9. Novembers für die deutsche Geschichte. Anschließend hoben zwei wissenschaftliche Vorträge die Bedeutung des 9. November 1918 für die Geschichte der Landeshauptstadt Hannover hervor.

Der Historiker Werner Heine, ehemaliger Mitarbeiter des Stadtarchivs Hannover, schilderte die schon drei Tage vor den Berliner Ereignissen einsetzenden revolutionären Umbrüche in Hannover. Abgesandte der neu entstandenen Soldatenräte aus Kiel, Wilhelmshaven und Bremen entwaffneten am 6. November 1918 die hannoversche Bahnhofswache und befreiten inhaftierte Kameraden aus den Militärarresthäusern. Die nun auch in der Stadt gebildeten Arbeiter- und Soldatenräte gerieten, noch ehe sie eine Gegenmacht bilden konnten, sehr bald unter den Einfluss örtlicher SPD- und Gewerkschaftsführer. Stadtdirektor Tramm war geflüchtet. Der sozialdemokratische Politiker Robert Leinert nutzte die Gunst der Stunde und ließ sich von den städtischen Kollegien zum Oberbürgermeister wählen.



© LHH, Dr. Anna Berlitz-Schwigon, Historikerin

Welche politischen, kulturellen und gesellschaftlichen Veränderungen Robert Leinert (1873-1940) als erster demokratisch gewählter Oberbürgermeister in Hannover ansah und weiterentwickelte, thematisierte anschließend Dr. Anna Berlitz-Schwigon, Leiterin des Kommunalen Integrationszentrums des Kreises Minden-Lübbecke. In ihrem Vortrag betonte die Historikerin, die ihre Dissertation über

Robert Leinert verfasst hat, seine zahlreichen Erfolge in der konfliktreichen politischen Situation der hannoverschen Kommunalpolitik nach der Novemberrevolution und in den frühen 1920er Jahren hin. Der Wahlspruch des am 13. November 1918 zum als Oberbürgermeister ernannten Robert Leinert lautete: „Des Volkes Wille sei das höchste Gesetz.“

LHH-Städtische Erinnerungskultur

4. Festival „Chöre gegen Rechts“ in Hannover - Rechte im Anzug!

600 Sängerinnen und Sänger im 80-jährigen Gedenken an die Reichs-Pogromnacht

Der DGB-Chor Hannover als Organisator des 4. Festivals „Chöre gegen Rechts“ in Hannover blickt zurück auf ein überaus gelungenes „4. Chöre Festival gegen Rechts“ am 10. und 11. November. 30 Chöre mit ca. 600 Sänger*innen haben teilgenommen. Die ungewöhnlich guten musikalischen Darbietungen wurden von einem großartigen Publikum, geschätzt im Laufe der beiden Tage ca. 1.500 Personen stimmungsvoll gefeiert.

Dieser Erfolg war der Beteiligung und dem Engagement von vielen regionalen und überregionalen Chören, A-capella-Gruppen und einem Rezitator zu verdanken (u.a. aus Bremen, Hamburg, Lübeck, Wolfsburg, Bielefeld). Sogar aus New York kam der viel bejubelte jüdische Studentenchor „Y-Studs A Cappella“, der eine Konzertreise auf Einladung des Landesverbandes der jüdischen Gemeinden in Niedersachsen für die Teilnahme am Chöre Festival nutzte.

Das Ereignis fand sehr prominente Unterstützung, so stand es unter der Schirmherrschaft des nds. Ministerpräsidenten Stephan Weil und des hannoverschen Oberbürgermeisters Stefan Schostok. Eröffnet wurde es in der Ada- und Theoder-Lessing-VHS durch die Bürgermeisterin der Landeshauptstadt Hannover, Regine Kramarek, durch die Eröffnungsveranstaltung führte die Journalistin Hanna Legatis, die auch ein flammendes Plädoyer gegen die bedrohlichen Entwicklungen im rechten Spektrum hielt; anschließend moderierte der Landessozialpfarrer Dr. Matthias Jung. Den Auftakt im Kulturzentrum FAUST am Nachmittag machte Herbert Schmalstieg mit seinem persönlichen Statement. Es folgte die frühere Bürgermeisterin Ingrid Lange.

Einhellig herrschte die Stimmung, dass Ereignisse dieser Art folgen werden, denn das Thema als solches wird uns in absehbarer Zukunft nicht so schnell verlassen.



Samstag in der „Warenannahme“ (FAUST) Sonntag in der VHS - Y-Studs A Capella; Fotos: Manfred Wassmann

Manfred Wassmann / DGB-Chor Hannover

Holocaust-Überlebende Anita Lasker-Wallfisch zu Gast in Hannover

Vom 15. bis 17. Oktober 2018 war die Zeitzeugin und Holocaust-Überlebende Anita Lasker-Wallfisch, die „Cellistin von Auschwitz“, gemeinsam mit ihrer Tochter Maya Jacobs-Wallfisch zu Gast in Hannover. In mehreren Veranstaltungen berichtete die 92-Jährigen über ihr Leben und diskutierte anschließend mit rund 300 Schülerinnen und Schülern und Studierenden des Historischen Seminars der Leibniz Universität Hannover. 250 Besucher nahmen an einer Abendveranstaltung mit Frau Lasker-Wallfisch im Neuen Rathaus Hannover teil.

„Man hofft, solange man atmet“ hieß die Veranstaltung, bei der Frau Lasker-Wallfisch am 15. Oktober im Neuen Rathaus von Oberbürgermeister Stefan Schostok begrüßt wurde und sich anschließend in das Goldene Buch der Stadt Hannover eintrug. Neben ihrem Namen notierte sie die Häftlingsnummer 69388, die ihr im KZ Auschwitz-Birkenau auf den Arm tätowiert worden war.

Im Anschluss daran berichteten sie und ihre Tochter Maya Jacobs-Wallfisch von ihren Erfahrungen – der direkten Verfolgung und der Weiterwirkung in die nächste Generation – in einem von Dr. Karljosef Kreter moderierten Gespräch. Musikalisch wurde der Abend von Stanislas Kim begleitet, der wie Frau Lasker-Wallfisch Cello spielt.



© LHH

Am Vormittag und an den folgenden Tagen sprachen Mutter und Tochter mit Schülerinnen und Schülern der Tellkampfschule, der Leibnizschule, der Humboldtschule und der BBS 11. „Fragt mich solange ihr könnt. Bald wird es keine Holocaust-Überlebenden mehr geben, die berichten können“, rief Frau Lasker-Wallfisch den von ihrem Schicksal tief beeindruckten Schülerinnen und Schülern zu. Zum Abschluss ihres Besuchs in Hannover diskutierte Frau Lasker-Wallfisch mit Lehramtsstudierenden im Historischen Seminars der Leibniz Universität Hannover über die Gefahren der wachsenden Popularität nationalistischer und rechtsextremer Parteien in Deutschland und Europa und die Folgen für die Minderheiten in Europa.

Anita Lasker-Wallfisch kam 1925 als Tochter eines Anwalts und einer Musikerin in Breslau zur Welt. Während die Eltern deportiert und ermordet wurden, kam sie im Alter von 17 Jahren im Dezember 1943 in das Vernichtungslager Auschwitz. Dank ihres Cellospiels überlebte sie als Mitglied des „Lagerorchesters“ zusammen mit ihrer Schwester die Haft in Auschwitz. Nach ihrer Befreiung im Lager Bergen-Belsen emigrierte sie 1946 nach England und wirkte später als Cellistin im English Chamber Orchestra mit. 1994 besuchte Anita Lasker-Wallfisch, die bis dato zu ihrer Familie über das Erlebte geschwiegen hatte, zum ersten Mal seit ihrer Emigration wieder Deutschland. Seither berichtet sie in Vorträgen über ihre Geschichte und das Schicksal anderer Opfer des Nationalsozialismus. Anlässlich des Gedenktags für die Opfer des Nationalsozialismus hielt sie am 31. Januar 2018 im Bundestag eine beeindruckende Rede.

Sinti in der Gedenkstätte Ahlem – Sonderausstellung bis 6. Dezember 2018

Ungewöhnliche Szene in der Gedenkstätte Ahlem: Rund dreißig Sinti – Männer, Frauen und Kinder – beehrten das Haus zur Mittagszeit des 5. Oktober mit ihrem Besuch. Anlass war die Eröffnung der Wanderausstellung mit dem Titel „Unter uns? Sinti in Ostfriesland und Leer.“ In Zusammenarbeit mit ostfriesischen Sinti hat das Heimatmuseum Leer Dokumente aus Geschichte und Gegenwart der inzwischen sesshaften und zunehmend integrierten Minderheit zusammengestellt. Allerdings gibt es für Sinti bei Bewerbungen um Wohnungen oder berufliche Anstellung noch immer Ablehnungen. Sinto Sascha Jaskarvic, in Gestalt und Temperament ein archaisch wirkender Vertreter seiner Volksgruppe mit dunklem Teint, Hut und langem lockigen Haar, eröffnete auf seiner elektronischen Violine die gut besuchte Veranstaltung mit Melodien aus sintischer Tradition. Shaun Hermel verwies im Namen von Regionspräsident Hauke Jagau auf die seit Jahren bestehende Zusammenarbeit mit den Sinti, einer Teilgruppe der Roma. 120 000 Sinti leben heute als staatlich anerkannte völkische Minderheit in Deutschland. 500 000 Sinti und Roma waren in der NS-Diktatur ermordet worden. „Porajmos“ nennen sie selbst den Massenmord.

Hermel, stellvertretender Leiter der Gedenkstätte, erklärte: „Nur durch gegenseitiges Kennenlernen können Vorurteile abgebaut werden.“ Der Rechtsruck in Deutschland sei gefährlich, das demokratische Wertesystem müsse verteidigt werden. In bewegenden Worten schilderte Ingo Lindemann vom Vorstand des 1. Sinti Vereins Ostfriesland das Schicksal der vor 600 Jahren nach Deutschland eingewanderten Migranten. Misstrauen, Hass und Ausgrenzung führten zu Verfolgungen und Mordaktionen gegenüber dem „heidnischen“ fahrenden Volk. Heute sind sie meist Mitglieder der katholischen Kirche. Einst waren sie in zwei Strömen aus dem indischen Subkontinent nach Europa und an die nordafrikanische Mittelmeerküste gezogen.

In einem Gespräch mit einer blonden Ostfriesin stellt sich heraus, dass sie mit dem ebenfalls in Ahlem anwesenden Michael Wagner verheiratet ist, dem Ehrenvorsitzenden des 1. Sinti Vereins Ostfriesland. Der scherzhaften Bemerkung, eine solche Ehe könne ja gar nicht halten, widerspricht sie mit einem überzeugenden „doch!“

Dr. Jens Gundlach

Impressum:

Der Newsletter erscheint zum Ende jedes ungeraden Monats sechsmal pro Jahr als Mitteilungsblatt an die Mitglieder und an Interessierte des Vereins. Redaktionsschluss dieser Ausgabe 26.11.2018.

Redaktionsschluss der Januarausgabe 2019 ist am 28.1.2019.

Netzwerk Erinnerung und Zukunft e.V., c/o Büro Dr. Horst Meyer & Partner, Bödekerstr. 90, 30161 Hannover; Tel +49 511 961 87 15; erinnerung-und-zukunft@t-online.de; www.netzwerk-erinnerungundzukunft.de

Redaktion Dr. Peter Schyga (Netzwerkreferent)



wird institutionell gefördert von der Landeshauptstadt Hannover, Zentrale Angelegenheiten Kultur.

